



Niederschrift

34. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.10.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:54 Uhr
Ort, Raum: Bildungsforum, Vortragssaal Volmer+Süring, Am Kanal 47, 14467
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

| | | |
|------------------------|-------------------------|-----------------------|
| Frau Katharina Tietz | anerkannte freie Träger | anwesend ab 16:35 Uhr |
| Frau Dr. Sigrid Müller | DIE LINKE | |
| Frau Birgit Eifler | Bündnis 90/Die Grünen | anwesend ab 16:48 Uhr |
| Herr Matthias Kaiser | CDU | |
| Frau Annina Beck | DIE aNDERE | |
| Frau Madeleine Floiger | Freie Demokraten | |
| Frau Sabine Frenkler | anerkannte freie Träger | |
| Frau Ute Parthum | anerkannte freie Träger | |
| Frau Julia Schultheiss | anerkannte freie Träger | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | |
|-----------------------|-------------------------|
| Frau Grit Schkölziger | SPD |
| Herr Robert Müller | anerkannte freie Träger |

beratende Mitglieder

| | |
|-----------------------|-------------------|
| Herr Ron Bulgrin | Jugendvertreter |
| Herr Robert Witzsche | Kita-Elternbeirat |
| Frau Fereshta Hussain | Migrantenbeirat |
| Frau Katrin Hayn | Gesundheitsamt |

Beigeordnete

| | |
|-------------------|----------------------------|
| Frau Noosha Aubel | Geschäftsbereichsleitung 2 |
|-------------------|----------------------------|

Fach-/Bereichsleitende

| | |
|----------------------|------------------------|
| Herr Robert Pfeiffer | Fachbereichsleitung 23 |
|----------------------|------------------------|

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|----------------------|---------------------------|--------------------|
| Herr Leon Troche | SPD | entschuldigt |
| Herr Frank Otto | Bündnis 90/Die Grünen | entschuldigt |
| Herr Chaled-Uwe Said | AfD | nicht entschuldigt |
| Frau Cornelia Krönes | anerkannte freie Träger | entschuldigt |
| Herr Bodo Ströber | anerkannter freier Träger | entschuldigt |

beratende Mitglieder

| | | |
|------------------|------------------|--------------|
| Frau Karina Berg | HVD Potsdam e.V. | entschuldigt |
|------------------|------------------|--------------|

Fach-/Bereichsleitende

| | | |
|-----------------------|------------------------|--------------|
| Frau Annegret Lauffer | Fachbereichsleitung 23 | entschuldigt |
|-----------------------|------------------------|--------------|

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.08.2022 und 29.09.2022
- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 4 Vorstellung der Ergebnisse Befragung der Brandenburger Jugendlichen zum Substanzkonsum - 5. Welle
- 5 Informationen des Jugendamtes
 - 5.1 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam umsetzen gem. 22/SVV/0007
 - 5.2 Stand der Überarbeitung der Förderrichtlinien
 - 5.3 Aktueller Sachstand zur einheitlichen Elternbeitragsordnung
 - 5.4 Aktueller Sachstand Energiekrise und die finanziellen Folgen für Hilfen zur Erziehung

- 5.5 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 5.6 Bericht zur DS 22/SVV/0201 „Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern“
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen
Vorlage: 22/SVV/0795
Fraktion DIE aNDERE
- 9 Anträge
- 9.1 Gremien-Kommunikationsstruktur Beschluss
Vorlage: 22/SVV/0915
Bodo Ströber
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.08.2022 und 29.09.2022

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **11 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zu der teilweise neuen Besetzung des Jugendhilfeausschusses auf Grundlage der Drucksachennummer 22/SVV/0845.

Der Tagesordnungspunkt 8.1 „Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen, 22/SVV/0795“ soll nach dem Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen werden. Frau Beck merkt an, dass der Antrag seitens der Fraktion zurückgestellt wird, bis die Haushaltsverhandlungen beginnen würden. Weiterhin

soll der Tagesordnungspunkt 5 „Informationen des Jugendamtes“ durch die Tagesordnungspunkte „Aktueller Sachstand zur einheitlichen Elternbeitragsordnung“ (5.3), „Aktueller Sachstand Energiekrise und die Folgen für Hilfen zur Erziehung“ (5.4), „Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport“ (5.5) und einen Bericht zur Drucksache 22/SVV/0201 „Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern“ (5.6) durch Herrn Reimann ergänzt werden.

Er stellt die Änderungen der Tagesordnung zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenso einstimmig **angenommen**.

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 25.08.2022. Frau Frenkler merkt folgende Ergänzung unter Tagesordnungspunkt 6.3 „Information bzgl. Kita-Beiträge bei Personalausfall gem. 22/SVV/0161“ an: „Frau Frenkler ergänzt, dass laut Bürgerlichem Gesetzbuch Eltern keine Beiträge zahlen müssten, sofern eine Leistung durch den Träger nicht erbracht werde und Eltern diese nicht in Anspruch nehmen könnten. Privatrechtlich organisierte Träger der Kitas hätten andere rechtliche Voraussetzungen.“

Die geänderte Fassung wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Er bittet weiterhin um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 29.09.2022. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Frau Dr. Müller ergänzt zu der Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 6 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“, dass man als Unterausschuss Jugendhilfeplanung im nächsten Jugendhilfeausschuss den Prüfauftrag 22/SVV/0201 „Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern“ an die Verwaltung erneut zur Bearbeitung vorlegen werde.

Frau Frenkler bittet darum, dass unter dem jeweiligen Punkt der Berichte der Arbeitsgemeinschaften, die schriftlich eingereicht und an das Protokoll angehängt werden, kurze Stichpunkte der Anlage vermerkt werden.

zu 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet aus dem Kreisschülerrat, dass man sich an Schulen mit zweitem Bildungsweg Mülleimer mit Aschenbecher wünsche. Aus dem Jugendbeirat kam die Anfrage, ob man einen beratenden Sitz im Ausschuss für Bildung und Sport bekommen könne. Frau Schkölziger weist darauf hin, dass man sich dafür an die Ausschussvorsitzende wenden solle.

Vom ersten Tag der zweitägigen Potsdamer Kinderrechte-Jugendkonferenz, bei dem in vier Workshops die Themen der Kinder und Jugendlichen gesammelt

wurden, berichtet Herr Bulgrin für den Kreisschülerrat, dass man sich die kostenlose Bereitstellung von Hygiene- und Pflegemitteln für die Menstruation auf den Schultoiletten wünsche. Weiterhin plädiere man für All Gender Toiletten und Umkleiden. Es sollte ein Lehrer*innenzimmer für Schüler*innen geben, damit die Schüler*innen die Möglichkeit haben sich zurückzuziehen. Die Sekundarstufe I solle sich mit einer Genehmigung der Eltern außerhalb des Schulgeländes aufhalten dürfen. Weiterhin fordern die Schüler*innen fairere Bewertungen im Sportunterricht bei abweichender Größe und Gewicht sowie einen Unterrichtsblock für individuelles Lernen, in dem man auf das spätere Leben vorbereitet werden (zum Beispiel Werken, Steuererklärung erstellen, etc.). Die Jugendbeteiligung wünsche sich einen Ort für Schüler*innen, an dem man sich zum Lernen treffen kann, Möglichkeiten Politik für Jugendliche attraktiver zu machen, den Dialog und die Kommunikation generationsübergreifend zu stärken (zum Beispiel mittels einer Jugend-Senioren-Konferenz), Zoohandlungen und Baumärkte sollten mehr in den Fokus des Tierschutzes rücken und man wünscht sich mehr vegane Ernährung in den Schulen. Der Jugendbeirat fordert mehr Mülleimer, neue Jugendorte in Potsdam, fußgängerfreundlicher zu werden, weniger Ampeln und die Radfreundlichkeit anhand von mehr Radwegen und mehr Fahrradständern zu erhöhen.

Herr Bulgrin schlägt vor in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Ideen spezifischer und umfangreicher vorzustellen. Frau Schultheiss regt an, dass man den Zuständigen Bereichen in der Verwaltung eine Übersicht zu kommen lassen könne, mit Themen, die eine Prüfung wert wären. Ein zum Beispiel offener Brief an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Frau Britta Ernst, sei aus Frau Frenklers Sicht gegebenenfalls hilfreich, um bestimmte Themen umsetzen zu können. Herr Reimann sieht die benannten Themen auch in Verbindung mit dem Ausschuss für Bildung und Sport und verweist auf die voraussichtlich 2023 stattfindende gemeinsame Sitzung. Frau Schkölziger verweist Herrn Bulgrin auf die Schülervertretungen, die sich mehr mit dem Schulgesetz und darin verankertem praxisbezogenem Unterricht beschäftigen sollten. Man könne auch Schulungen anbieten. Frau Dr. Müller verweist auf einen vom Jugendhilfeausschuss durchgeführten Workshop im Freiland zum Thema Beteiligung Kinder- und Jugendliche und deren Ergebnisse, die nochmal gesichtet werden sollten.

zu 4 Vorstellung der Ergebnisse Befragung der Brandenburger Jugendlichen zum Substanzkonsum - 5. Welle

Frau Hayn stellt die Ergebnisse anhand einer Präsentation vor (**Anlage 1**).

zu 5 Informationen des Jugendamtes

zu 5.1 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam umsetzen gem. 22/SVV/0007

Frau Buhr berichtet, dass große Fortschritte erreicht worden seien. Es sei eine Zuwendungsrichtlinie und ein Konzept erstellt worden. Beides sei vom Rechtssamt geprüft und nachjustiert worden. Es sei eine Zuwendungsvertragserstellung empfohlen worden. Hierzu sei sie momentan in

Abstimmung mit dem Rechtsamt.

zu 5.2 Stand der Überarbeitung der Förderrichtlinien

Herr Pfeiffer informiert zum aktuellen Sachstand. Es würde sich um acht Richtlinien handeln, welche sich aktuell nicht in Überarbeitung befänden. Eine kurzfristige Überarbeitung aller Richtlinien sei nicht möglich, man müsse priorisieren. Es wird vereinbart, dass Herr Pfeiffer an der nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Jugendförderung teilnimmt, um dies dort zu besprechen.

Man werde im Fachbereich ein Monitoring erarbeiten, um zu sehen, welche Richtlinie wann auslaufe und überarbeitet werden müssen.

zu 5.3 Aktueller Sachstand zur einheitlichen Elternbeitragsordnung

Frau Aubel berichtet, dass man bereits im Hauptausschuss berichtet und die freien Träger sowie den Kita-Elternbeirat informiert habe. Das Land Brandenburg plane die Entlastung der Eltern durch die Erweiterung des Kreises der Personengruppen, die perspektivisch keinen Beitrag mehr bezahlen sollen. Stand jetzt handle es sich um 35.000,00 Euro netto laut Frau Aubel. Aus diesem Grund musste der Prozess innerhalb der Verwaltung zunächst gestoppt werden. Man müsse eine sozialverträgliche Staffelung sicherstellen und dafür müssten zwingend die Landesparameter bekannt sein. Momentan warte man darauf, was das Land tue. Die Beschlussvorlage mit den vor kurzem vereinbarten Parametern sei fertig. Die Umsetzung zum 01.01.2023 sei jedoch laut Frau Aubel nicht mehr machbar. Man bleibe jedoch am Prozess dran.

Die freien Träger hätten sich bereits laut Frau Frenkler abgestimmt, wie man sich dazu positioniere. Es sei insgesamt, mit der abgesagten Kitarechtsreform, aktuell eine ärgerliche Lage. Momentan würden Eltern zum Teil ab 70.000,00 Euro netto, bei anderen Trägern ab 140.000 Euro ~~40.000,00 Euro~~ netto Höchstbeiträge bezahlen. Man wolle jedoch keinen „Kitatourismus“. Sie betont nochmal, dass das Thema nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfe und appelliert an die Ausschusmitglieder und die Verwaltung eine zeitnahe Bearbeitung voran zu treiben.

zu 5.4 Aktueller Sachstand Energiekrise und die finanziellen Folgen für Hilfen zur Erziehung

Die Verwaltung betrachte die Steigerung der Lebensmittelkosten als prioritär und habe eine Erhöhung um gut 23 % vorgenommen. Das heißt der Tagessatz liege jetzt bei 6,50 Euro. In der zweiten Stufe habe man ein Angebot bezüglich der Energie- und Gaskosten berechnet. Dies werde den freien Trägern in der kommenden Woche zugesandt. Am 03.11.2022 tausche man sich dann mit den Trägern einer erneuten Videokonferenz aus. Er hoffe auf eine einheitliche Vereinbarung, diese müsse zeitlich begrenzt werden.

Herr Reimann berichtet, dass das Feedback der freien Träger zum aktuellen Austausch und den Vereinbarungen mit der Verwaltung sehr positiv ausfalle.

zu 5.5 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Frau Aubel rekapituliert, dass die Mitarbeiter des betreffenden Bereiches, welche in einem höchst verantwortungsvollen und herausfordernden Arbeitsfeld tätig seien, in der Vergangenheit Überlastungen artikuliert hatten. Ein durch die pädagogische Fachbereichsleiterin zu erarbeitender Maßnahmenplan solle diese Aspekte aufgreifen und die Arbeitsbedingungen spürbar verbessern. Am 14.09.2022 habe man jenen dem Personalrat vorgestellt. Am 19.09.2022 habe Frau Aubel in der internen Haushaltsklausur die Schaffung von 6 zusätzlichen Stellen für den Allgemeinen sozialen Dienst (ASD) erreichen können. Am 21.09.2022 erfolgte, wie schon in der letzten Ausschusssitzung berichtet, die Kündigung der Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport durch den Personalrat. Dies wurde Frau Aubel lediglich aus dem Intranet bekannt. In der Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2022 wurde ein Antrag für 15 weitere Stellen im ASD eingebracht und intensiv diskutiert. Es erfolgte eine Überweisung in den Hauptausschuss. Dort wurde beschlossen, dass zunächst die 6 bereits verwaltungsintern zugesagten Stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden sollen. Weiterhin wolle man eine Personalbemessung durchführen. In der Stadtverordnetenversammlung im Dezember erfolge ein Bericht dazu. Mit dem Personalrat habe es gestern einen Termin gegeben, an dem Frau Aubel mit Herr Pfeiffer teilgenommen habe. Man habe gemeinsam konstruktiv die Evaluation der Rufbereitschaft besprochen und sei sich weiterhin einig, dass es das Ziel sei die Arbeits- und Rahmenbedingungen des ASD zu verbessern. Man plane durch den FB23 einen gesonderten Krisendienst für die Rufbereitschaft. Dieser Vorschlag wurde auch vom Personalrat positiv bewertet. Vor diesem Hintergrund wolle man einen solchen Dienst nunmehr schaffen.

Sie erinnert daran, dass die Rufbereitschaft nur ein Aspekt der Überlastung der Mitarbeiter*innen sei. Auch die Falllast und die Rahmenbedingungen wurden von den Mitarbeitenden als kritisch bewertet. Daher seien auch die räumliche und technische Ausstattung, Qualitätsstandards, Abstimmungen und Personalbemessung mit einem externen, versierten Unternehmen relevant.

Herr Pfeiffer schließt zum Gespräch mit dem Personalrat an, dass auch er es als sehr zielführend, konstruktiv und lösungsorientiert wahrgenommen habe. Es gebe zwei Herausforderungen: die Sicherstellung des Kinderschutzes durch die Rufbereitschaft und die Entlastung der Kolleg*innen im Tagesgeschäft. Beides bedinge sich. Im Fachbereich habe man lange besprochen, wie man der Situation begegne. Eine organisatorische Lösung sei den bereits erwähnten Krisendienst einzurichten, das heißt man plane im Fachbereich mit dem Bereich Regionale Kinder- und Jugendhilfe ein eigenes Team aufzustellen, welches sich ausschließlich mit Kindeswohlgefährdungsmeldungen beschäftige. Man habe in der letzten Woche ein Konzept dazu erarbeitet. In Abstimmung mit dem Personalbereich habe man ebenso die Stellenausschreibungen erarbeitet. Die 6 Stellen sollen intern und extern so ausgeschrieben werden, dass explizit Sozialarbeitende für eine Rufbereitschaft „rund um die Uhr“ gesucht werden. Trotz alle dem würden 6 Stellen nicht ausreichen. Man wolle im ersten Schritt demnach zunächst Sozialarbeitende mit Fokus auf den Kinderschutz einstellen und im zweiten Schritt mit der Personalbemessung ermitteln, wieviel Personal

fehle und noch zugeführt werden müsse. Dies beziehe sich auf die Regional-, aber auch Krisenteams. Die Ausschreibung der 6 Stellen erfolge bereits ab morgen, eine Einstellung erfolge zum nächst möglichen Zeitpunkt. Man sei seines Erachtens auf einem guten Weg. Die finanziellen Mittel für die 6 Stellen und die Personalbemessung seien etatisiert.

Zur Problematik der fehlenden freien Plätze für die Unterbringung bei akuten Aufnahmen, habe man voraussichtlich zum 01.12.2022 neue Plätze in der Stadt verfügbar. Weiterhin starte man in den nächsten Monaten eine kleine Fachkräfteoffensive. So wolle man zum Beispiel an der Fachhochschule Potsdam den Studierenden die Arbeit des Jugendamtes vorstellen und somit Werbung für die Arbeit vor Ort im Fachbereich 23 machen.

Frau Frenkler regt an im Zuge der Personalbedarfsmessung auch zu berücksichtigen, wieviel zusätzliches Personal man im Zuge der SGB VIII Reform benötige. Frau Aubel betont, dass dies selbstverständlich mit bewertet werde.

Frau Eifler fragt, was unternommen werde, wenn die 6 neuen Mitarbeiter*innen ebenfalls überlastet seien, bis die neuen Stellen besetzt werden. Frau Aubel antwortet, dass man aktuell in den Haushaltsverhandlungen anstrebt alles Zusätzliche möglich zu machen um 3 weitere Stellen zu erhalten. Herr Pfeiffer ergänzt, dass die neuen Mitarbeiter*innen der Rufbereitschaft bis zur weiteren Aufstockung des Personals aus den Regionalteams unterstützt würden.

Frau Frenkler fragt, ob die Stelle der Bereichsleitung der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe mittlerweile besetzt sei. Dies sei laut Herrn Pfeiffer der Fall. Offen sei jedoch noch wann die Kollegin beginne. Man gehe von Anfang Januar 2023 aus.

zu 5.6 Bericht zur DS 22/SVV/0201 „Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern“

Herr Reimann berichtet, dass er Aufsichtsratsmitglied der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) sei und das Thema bezüglich Mülleimer in der Stadt dort platziert habe. Die Geschäftsführung lädt die betreffenden Akteure des Jugendhilfeausschusses und der Verwaltung zu einem gemeinsamen Gespräch dazu ein. Frau Schultheiss kündigt an das Angebot in die Arbeitsgemeinschaft Jugendliche im öffentlichen Raum zu tragen, um eventuell Vertreter dieser zu dem benannten Termin zu schicken. Weiterhin bittet sie darum Vertreter vom Fachbereich Ordnung und Sicherheit daran teilnehmen zu lassen. Man müsse laut Frau Buhr generell das Thema Müllbehältnisse in der Stadt, nicht nur zielgruppenspezifisch auf die Jugendlichen bezogen, auch in anderen Fachausschüssen bearbeiten.

Herr Kaiser schlägt vor gemeinsam mit der STEP ein Set zu entwickeln, mit dem man Events mit ausreichend Toiletten und Mülleimern versorgen könne.

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

PAUSE 18:02 – 18:15 Uhr

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 13.10.2022.

Die Regional-Arbeitsgemeinschaften hätten den aktuellen Entwicklungsstand zum neuen „Kommunikationsverfahren“ erhalten. Hierzu hätte es erste befürwortende Rückmeldungen gegeben. In diesem Jugendhilfeausschuss wolle man auf der Grundlage eines Dringlichkeitsantrages einen Beschluss erzeugen.

Man habe sich erneut mit den Themen der AG Strategie, Bildung und Jugendhilfe beschäftigt und müsse die Schnittstellen der AG zu den Aufgaben des Unterausschusses herausarbeiten. Zur Anpassung der Geschäftsordnung des Unterausschusses im Abgleich mit Konzeptplanungen im Fachbereich werde seitens des Unterausschusses ein Abstimmungstermin mit der Fachbereichsleitung vereinbart.

Die Integrationsschulsozialarbeit laufe mittels einer Modellphase seit 2021. Der Jugendhilfeausschuss habe in der Junisitzung das Handlungskonzept Integrationsschulsozialarbeit für die Landeshauptstadt Potsdam als Bestandteil des von der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2015 beschlossenen Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit zur Kenntnis genommen. Die Bekanntgabe des Prüfergebnisses sei mit der Aussage erfolgt, dass die Weiterführung der drei neuen Stellen in der Haushaltsplanung für 2023/2024 angemeldet sei, aber eine aktuelle Bestätigung fehle. Damit sei die Weiterführung der drei Stellen über den 31.12.2022 hinaus nicht gesichert. Aktuell werde an vier Standorten in der Landeshauptstadt Potsdam der Bedarf an ISSA umgesetzt: Weidenhofgrundschule (seit 01.08.2021), Fontane Oberschule (seit 01.08.2021), Grundschule am Humboldttring (seit 15.08.2022), Steuben-Gesamtschule (seit 15.08.2022). Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die Beschlussfassung des Konzeptes „Integrationsschulsozialarbeit“, um die Verbindlichkeit (und damit Finanzierung) zu sichern. Es wird voraussichtlich im November ein Antrag dazu eingebracht.

Herr Reimann schließt an, dass die Stellen der Integrationsschulsozialarbeit dringend erhaltenswert seien. Frau Aubel ergänzt, dass es auch erklärtes Ziel der Verwaltung sei, die Stellen der Integrationsschulsozialarbeit zu erhalten.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet zu den Themen „Kitafinanzierungsrichtlinie (KitaFR)“, „Kinder mit besonderen Bedarfen – Umsetzungsstand und Regelung 2023 offen“ und „einheitliche Kitaelternbeitragsordnung zum 01.01.2023 durch die Verwaltung nicht im Geschäftsgang“ (**Anlage 2**).

Herr Pfeiffer erläutert zu „Kitafinanzierungsrichtlinie (KitaFR)“, dass man noch bis zum 04.11.2022 Anträge zu Abschlagszahlungen durch die freien Träger an die Verwaltung gestellt werden und man auf Basis der aktuellen Zahlen Abstimmungen treffen werde. Frau Aubel ergänzt, dass die Beschlussvorlage zur KitaFR Anfang Dezember in die Stadtverordnetenversammlung münden werde.

Ein Direktbeschluss sei in 2022 nicht mehr regulär möglich, trotzdem werde der Beschluss rückwirkend wirken. Es wird vereinbart die Beschlussvorlage gegebenenfalls in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses vorzubehandeln.

Herr Witzsche bittet um eine Rückmeldung zu der Frage von Frau Frenkler im Jugendhilfeausschuss am 29.09.2022 zum Förderrecht. Herr Pfeiffer erörtert, dass das Förderrecht einen Eigenanteil vorsehe, was unumgänglich sei. Man müsse seitens der Landeshauptstadt Potsdam auf den Eigenanteil bestehen.

Zu „Kinder mit besonderen Bedarfen – Umsetzungsstand und Regelung 2023“ offen In der kommenden Woche erfahre man verwaltungsseitig, wo man aktuell bezüglich der Haushaltsplanung stehe. Man hoffe darauf, dass pflichtige und bereits begonnene Leistungen, weitergeführt werden. Festlegen könne man sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht. Frau Dr. Müller erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung dazu. Sofern dieser im Beschlusstext auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt und nicht fortlaufend beschlossen worden sei, müsse man diesen gegebenenfalls, sofern keine finanziellen Mittel für den kommenden Doppelhaushalt eingestellt würden, als nicht mehr gültig beschließen.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Es erfolgte keine Berichterstattung.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen

Vorlage: 22/SVV/0795

Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag wird durch die Fraktion **zurückgestellt**.

zu 9 Anträge

zu 9.1 Gremien-Kommunikationsstruktur Beschluss

Vorlage: 22/SVV/0915

Bodo Ströber

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein.

In der anschließenden Diskussion erläutert Herr Reimann auf Nachfrage von Herrn Kaiser, dass man die neue Gremienstruktur inklusive Konzeption in Zusammenarbeit zwischen dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung und der Verwaltung entworfen habe. Herr Kaiser fragt weiterhin zum Punkt „B) Mittelbewirtschaftung von regionalen Budgets für unvorhergesehene übergreifende Bedarfe in der Region“, ob es dieses Budget schon vorher gegeben hätte und bittet um mehr Informationen. Herr Pfeiffer antwortet, dass dies neu sei. Man habe sich verständigt, dass es für die einzelnen regionalen Jugendhilfenetzwerke ein Budget geben solle, um situativ reagieren zu können. Hierfür gebe es Rahmenbedingungen, die Nutzung solle aber nicht an formellen Hürden scheitern.

Frau Parthum fragt, wo sich die überregionalen Träger in der neuen Struktur wiederfinden würden. Frau Dr. Müller erläutert, dass man empfehle diese in den lokalen Netzwerken zu verorten. Herr Pfeiffer schließt an, dass die regionalen Jugendnetzwerke diese einbinden würden, wenn Bedarf bestehe und man sich ansonsten regelmäßig über zum Beispiel Newsletter auf dem Laufenden halten könne. Transparenz sei wichtig. Genauso sei die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und den freien Trägern in den Netzwerken relevant. Aufgrund der aktuell vorherrschenden Überlastung der Sozialarbeitenden sei eine Umsetzung aktuell jedoch schwierig. Man werde dazu direkt in den Austausch mit der neuen Bereichsleitung der Regionalen Kinder- und Jugendhilfe gehen.

Es wird vereinbart, dass man im Antrag die Aufteilung der Sozialräume innerhalb der Regionen Nord, Mitte, Südost und Südwest zunächst aus der Drucksache streichen und gegebenenfalls im Unterausschuss Jugendhilfeplanung nacharbeiten werde. Frau Aabel schlägt vor auf sogenannte „Planungsräume“ zurückzugreifen, da die Sozialräume nicht die lokalen Herausforderungen und Bedarfe adäquat abbildeten

Herr Reimann stellt die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Es erfolgt eine Neuordnung der Kommunikations- und Gremienstruktur der Jugendhilfe der LHP.

Neben den bestehenden Facharbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII der Arbeitsbereiche Kita, Jugendförderung und Hilfen zur Erziehung werden 4 Regionale Jugendhilfenetzwerke als Arbeitsgemeinschaften (AGen) nach § 78

SGB VIII gebildet:

1. Region Nord (~~für die Sozialräume I und II~~)
2. Region Mitte (~~für den Sozialraum III~~)
3. Region Südost (~~für die Sozialräume IV und V~~)
4. Region Südwest (~~für den Sozialraum VI~~)

Die Aufgaben dieser regionalen AGen nach § 78 sind im Wesentlichen:

- A) Beteiligung an der Jugendhilfeplanung für die jeweiligen regionalen Bedarfe
- B) Mittelbewirtschaftung von regionalen Budgets für unvorhergesehene übergreifende Bedarfe in der Region
- C) Schnittstelle für Jugendhilfefachkräfte und Jugendhilfegremien, welche nicht AGen nach § 78 sind, sowie der Adressat*innen in der Region
- D) Vernetzungspartner*in für andere Fachkräfte und Gremien in den Regionen mit Schnittstellen zur regionalen Jugendhilfe und Adressat*innen

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 10 Sonstiges

Frau Parthum fragt für einen Träger der mobilen Jugendarbeit im Norden Potsdams, ob die zusätzlich angemeldeten Projekte zum neuen Jahr 2023 starten könnten. Es wird dazu eine direkte Abstimmung außerhalb der Sitzung mit Herrn Pfeiffer verabredet.